

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 1

Artikel: Aus der internationalen sozialistischen Bewegung
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338801>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Die irischen Sozialisten in der Regierung

Am nordwestlichen Rand Europas wirkend und in ihre komplizierten, Ausländern kaum verständlichen Probleme eingesponnen, hat die Existenz von irischen Sozialisten bisher auf dem europäischen Festland auch bei ihren Gesinnungsgenossen kaum Beachtung gefunden. Das ist zu bedauern, denn es handelt sich nicht nur um eine alte, ja sogar älteste politische Partei des Landes, sondern um eine überdies tief im Volk verwurzelte sozialistische Partei mit grossen Traditionen und einer interessanten Gegenwart. Sie war lange selbst isolationistisch und hat die Aussenwelt, wo es ging, ignoriert. Erst seit etwa zehn Jahren ist die Gewerkschaftszentrale Irlands dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angeschlossen und die Irische Arbeiterpartei der Sozialistischen Internationale. Man war isolationistisch Europa gegenüber, weil einen das in nähere Berührung mit der britischen Arbeiterbewegung gebracht hätte, die nicht bereit ist, Nordirland gegen den erklärten Willen der Bevölkerungsmehrheit an Südirland abzutreten.

Eine Strömung im irischen Sozialismus hat immer die nationale oder nationalistische Komponente stärker noch betont als das nach dieser Richtung keineswegs zurückhaltende Bürgertum. Aber im letzten Jahrzehnt haben sich internationalistische Strömungen stärker durchgesetzt, was nicht zuletzt dem Zustrom sozialistischer Intellektueller in eine Partei zu danken ist, die früher eine reine Arbeiterpartei war und daher geglaubt hat, es gebe nichts Wichtigeres auf der Welt, als den Vorurteilen des «Mannes von der Strasse» zu schmeicheln.

Seit Jahresbeginn ist die Partei wieder in der Regierung Irlands vertreten, in Koalition mit einer der beiden Rechtsparteien, die bisher das politische Geschehen in Irland bestimmt haben. Die irischen Sozialisten sind die drittstärkste Partei des Landes, die nur, wenn die stärkste, Fianna Fail, keine Mehrheit hat, zusammen mit der zweitstärksten, Fine Gael, eine Koalitionsregierung bilden kann. Aber die in den fünfziger Jahren damit gemachten Erfahrungen waren nicht gut, und so hatte man sich 1957 geschworen, das Experiment nie mehr zu wiederholen. Doch inzwischen sind beim einzig möglichen Koalitionspartner neue und zugänglichere Leute ans Ruder gekommen, und das hat die Entscheidung zum Regierungseintritt herbeiführen geholfen. Der Parteivorsitzende R. J. Connolly (Sohn des Gründers der Partei) sagte auf dem kürzlich in Cork abgehaltenen Parteitag, Beteiligung an einer Koalitionsregierung sei keine grundsätzliche, sondern eine Frage der Zweckmässigkeit. Zwar ist der Parteiführer der Sozialisten Brendan Corish Stellvertretender Ministerpräsident, aber die Partei ist in der Regierung nicht ihren Talenten entsprechend ver-

treten. Sie hätte zum Beispiel in dem international bekannten Diplomaten Dr. Connor Cruise O'Brien einen ausgezeichneten Aussenminister Irlands, aber man hat diesen – vorher aussenpolitischer Sprecher der Partei – nur zum Postminister gemacht mit dem Trostspruch, damit unterstünden ihm Rundfunk und Fernsehen.

Der Parteitag hat einige bemerkenswerte Dinge zutage gefördert. In der Partei gab es immer einen Flügel, der mehr oder weniger offen mit der IRA sympathisierte; der wurde in Cork völlig an die Wand gedrückt. Auch in der immer heiklen nordirischen Frage trat man für ein gemässigttes Programm der Reformen und Verhandlungen ein – wiewohl man in Irland mit Auftrumpfen auf diesem Gebiet immer noch Anhänger gewinnen kann. Den Parteitag beherrschte Brendan Corishs Feststellung, die Partei habe noch nie soviel innenpolitischen Einfluss gehabt wie heute.

Zum erstenmal in Irland kam die Frage der Nationalisierung zur Sprache. Dr. Noel Browne, einer der führenden Intellektuellen der Partei (der zu ihr übergegangen war, weil seine frühere Partei seine Bemühungen als Gesundheitsminister nicht unterstützte, einen Gesundheitsdienst nach englischem Muster einzuführen), erntete grossen Beifall, als er die Nationalisierung der Bodenschätze des Landes verlangte. «Wir sind eines der reichsten Länder der Welt durch die vor kurzem erfolgte Entdeckung von grossen Minerallagern.» Er dring zwar mit seinem Antrag nicht vollinhaltlich durch, weil insbesondere Justin Keating, einer der Vertreter der Partei in der Regierung, der das Industrie- und Handelsministerium verwaltet, durch eine Forderung nach sofortiger Nationalisierung einen Konflikt mit der anderen Regierungspartei befürchtete. Aber es wurde beschlossen, die Parlamentsfraktion aufzufordern, von der Regierung zu verlangen, sie möge die Bodenschätze unter öffentliche Kontrolle stellen und zu ihrer Verwaltung eine Kommission mit Staatsbeteiligung einsetzen.

Es ist zu hoffen, dass in Zukunft die Regierungswirksamkeit der irischen Sozialisten und ihre Probleme bei den Sozialisten des Kontinents mehr Aufmerksamkeit finden als früher.

Norwegen wird wieder sozialistisch regiert

Seit 35 Jahren wird Norwegen fast unausgesetzt von den Sozialdemokraten regiert, und auch wenn das zufällig einmal nicht der Fall ist, sind sie doch die weitaus stärkste Partei des Landes. Im Vorjahr ist die Regierung Bratelli freiwillig zurückgetreten und hat einer bürgerlichen, mit Ach und Krach zustande gekommenen Koalitionsregierung Platz gemacht, weil die Sozialisten die Volksabstimmung um den Beitritt Norwegens in die europäische Gemeinschaft verloren hatten. Partei und Gewerkschaftsbund sind kräftigst dafür eingetreten, aber den Beitrittsgegnern gelang es, die Fischer in den entlegenen Gebieten mit Greuelmärchen darüber zu täuschen, dass der Beitritt das Ende ihrer Existenz bedeuten würde. Da ausserdem manche Arbeiterschichten sich in der Propaganda pro und

kontra nicht zurechtfinden und der Abstimmung fernblieben, kam eine leichte Mehrheit gegen den Beitritt zustande.

Die kürzlich abgehaltenen Neuwahlen haben im Gefolge des Volksabstimmungsergebnisses von 1972 zu einem schlechten Abschneiden der Arbeiterpartei geführt – dabei gäbe es bei einer jetzt wiederholten Volksabstimmung wahrscheinlich eine kleine Mehrheit für den Beitritt –, aber die in sich zerstrittene bürgerliche Koalition konnte nicht weiterregieren. Also mussten die Sozialisten mit Trygve Bratelli an der Spitze eine Minderheitsregierung bilden. Sie wird es nicht leicht haben. Gegen die Bürgerlichen kann sie sich im Parlament nur mit Hilfe eines durch die Wahlen zahlenmässig angewachsenen Linksblocks behaupten, der aus den Kommunisten, einer sich linkssozialistisch nennenden Partei und einer Gruppe besteht, die wegen der Europapolitik aus der Arbeiterpartei ausgetreten ist. Das Bürgertum ist in der Europafrage auchgespalten, so dass Bratelli gleichfalls da nicht auf Unterstützung bei Versuchen rechnen kann, das Land in ein engeres als ein blosses Vertragsverhältnis zu den EG zu bringen.

Unter diesen Umständen ist es bemerkenswert, dass Bratelli einen profilierten «Europäer» zum Aussenminister gemacht hat. Knud Frydenlund ist von Beruf Diplomat, war lange Jahre Sekretär des verstorbenen sozialistischen Aussenministers Halvard Lange, eines der prononziertesten «Europäers» der fünfziger und sechziger Jahre, und ist erst spät in der Sozialdemokratischen Partei tätig geworden, die ihn ins Parlament entsandte. Der Name Frydenlund, der lange Vertreter seines Landes im Europarat gewesen ist, ist ein Programm, auch wenn man nicht mit baldigen Verhandlungen zu einer vollen Eingliederung Norwegens in den Gemeinsamen Markt rechnen kann.

Aber noch durch einen anderen Umstand verdient die neue Regierung Bratelli Aufmerksamkeit über die Grenzen ihres Landes hinweg. Jeder Blick auf Partei- oder Gewerkschaftskonferenzen im innerstaatlichen oder internationalen Rahmen zeigt, dass man auch in der Arbeiterbewegung die volle Gleichberechtigung der Frauen (die die Mehrheit der Bevölkerung bilden) noch nicht verwirklicht hat. Golda Meir, Indira Ghandi und Sirimat Bandaranaike (in Sri Lanka oder Ceylon) haben sich in den schwierigsten Situationen als Regierungschefs bewährt. Keiner sozialistischen Partei Europas ist ein ähnlicher Einfall je gekommen. Anne-Marie Renger ist Präsidentin des Bundestags in Bonn, aber die SPD-Fraktion hat nur ein Dutzend weiblicher Mitglieder unter Hunderten. Die sozialistische Regierung Kreisky in Österreich hat wenigstens mit der Sitte gebrochen, aus «Prestige Gründen» immer eine Frau in der Regierung zu haben, die ein «harmloses» Ressort verwaltet. Aber Bratelli im hohen Norden gibt den andern sozialistischen Parteien Europas ein nachahmenswertes Vorbild, indem er gleich drei Frauen in seiner Regierung mit wichtigen Ressorts betraut hat. Inger Louise Valle leitet von nun an das nor-

wegische Justizministerium – und warum sollte sie das weniger gut können als ein männlicher Jurist? Anne-Marie Lorentzen hat das Transport- und Kommunikationsministerium unter sich, und Sonja Ludvigson ist Minister für soziale Fürsorge. Man kann nur hoffen, dass dieses Beispiel von Aufgeschlossenheit den Forderungen der Zeit gegenüber Schule macht.

Umgruppierung in Schweden

Länger noch als Norwegen und ohne Unterbrechung wird Schweden sozialdemokratisch regiert – seit mehr als 40 Jahren. Die jüngere und mittlere Generation kennt also gar keinen anderen Zustand als den heutigen, gestrigen und vorgestrigen. So segensreich sich die sozialistische Regierungstätigkeit für das Land ausgewirkt hat, das ein Wohlfahrtsstaat im wahrsten Sinne des Wortes geworden ist, so war dieses ununterbrochene Regieren nicht immer unbedingt segensreich vom Parteistandpunkt, denn da sich die Menschen an die Sozialdemokraten als die einzig in Betracht kommende Regierungspartei gewöhnt haben, hat die Partei an kämpferischem Elan verloren und konnte Abnützerscheinungen nicht ausweichen. Die Partei hat dem ganzen Land und auch ihren Gegnern ihre eigene Ideologie weitgehend eingepflegt, was dem Durchschnittsbürger das Gefühl gibt, eine sozialistische Wahlniederlage wäre weiter keine Katastrophe, weil die, die dann zur Macht kämen, es kaum viel anders machen könnten.

Die innenpolitischen Gegenspieler der Sozialdemokratie auf der rechten Seite sind denn auch ein buntgescheckter Haufen von 4 bis 5 Parteien, die untereinander spinnefeind sind und aus denen sich nur schwer eine regierungsfähige Koalition bilden liesse. Die eine Partei vertritt agrarische Interessen, die andere die des Grosskapitals; aber keine von ihnen wagt, offen sozial reaktionär aufzutreten. Wie sie sich räuspert und wie sie spucken, das haben sie alle der Sozialdemokratie abgeguckt, und sie möchten am liebsten den Anschein hervorrufen, dass sie eigentlich das gleiche wollen und tun würden wie die seit 40 Jahren regierende Partei, aber besser.

Die dadurch verursachte Abstumpfung der politischen Leidenschaften hat bei den im September abgehaltenen Parlamentswahlen zu dem seltsamen Resultat geführt, dass die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien im Parlament genau so viele Sitze (125) hat wie die Sozialdemokraten – immer noch die bei weitem stärkste Partei und alles rechts und links überflügelnd – zusammen mit den Kommunisten. Mit anderen Worten heisst das, dass die Bürgerlichen, auch wenn sie untereinander einig wären, gar keine Regierungskoalition bilden könnten, da sie keine Mehrheit hätten. Die Sozialdemokraten haben zwar auch keine Mehrheit, aber den Vorteil, die Regierung innezuhaben und sie weiterführen zu können bis zum Augenblick einer parlamentarischen Niederlage, die aber alle übrigen Beteiligten vermeiden wollen, weil Neuwahlen nur zu einer Stärkung der

Sozialdemokraten führen könnten. Es ist natürlich keine Freude für Sozialdemokraten, auf kommunistische Stimmen angewiesen zu sein, aber sie waren es bisher auch schon, ohne den Kommunisten Konkurrenz zu machen, und die schwedischen Kommunisten haben sich aus Selbsterhaltungstrieb gehütet, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Die Wählerschaft gibt ihnen Narrenfreiheit, solange sie keinen ernsten Unfug anrichten, und dazu haben die schwedischen Kommunisten kaum Veranlassung, denn Schweden ist ein neutrales Land, dem man nicht nachsagen kann, unter dem Einfluss «deutscher Revisionisten» zu stehen, und an einseitiger Verurteilung der amerikanischen Vietnam-Politik ist die sozialdemokratische Regierung Palme ohnehin so weit gegangen, dass die Kommunisten sich nicht in Pose setzen konnten.

Im Gefolge des Wahlausgangs ist es nun zu einer Umgruppierung in der Regierung Palme gekommen. Der erst 49jährige und seit 1971 im Amt befindliche Aussenminister Krister Wickman ist aus der Regierung ausgeschieden und hat das Amt des Präsidenten der Nationalbank übernommen. Seine Amtsmüdigkeit rührt wahrscheinlich daher, dass der Premierminister Olof Palme durch seine aussenpolitische Aktivität den Aussenminister an der Entfaltung einer eigenen Initiative gehindert hat. Palmes Ausfälle gegen die amerikanische Politik haben ihm vielleicht die Sympathien von Teilen der jungen Generation im eigenen Lande eingetragen, aber zu einer für Schweden peinlichen Verschlechterung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten geführt. Ausserdem soll Wickman darüber verärgert gewesen sein, dass es in gewissen jüngeren Parteikreisen Mode wird, im Nahostkonflikt die Partei der Araber zu ergreifen.

Der neue Aussenminister ist der bisherige Verteidigungsminister Swenn Andersson, der der Regierung seit 1950 angehört und das Verteidigungsministerium seit 1957 verwaltet hat – schwedische Minister sind langlebig. In Schweden kommen grössere Umbesetzungen in der Regierung selten vor, und die von Palme jetzt vorgenommene Neuorganisation wird als Zeichen dafür aufgefasst, dass er an baldige Neuwahlen zur Erzielung einer stabilen Mehrheit denkt. Das Innenministerium wurde in ein Wohnbauministerium und ein Arbeitsministerium geteilt. Der neue Wohnbauminister Ingvar Carlsson war bisher Schulminister, der Arbeitsminister Ingemund Bengtsson bisher Landwirtschaftsminister. Aber das grösste Interesse erregt die Berufung einer 34jährigen Vorkämpferin für Frauenrechte zu seiner Assistentin. Anna-Greta Leijon gilt als eine der führenden Technokratinnen des Landes.